

Mundpropaganda im Juli: Thema Bundestagswahl

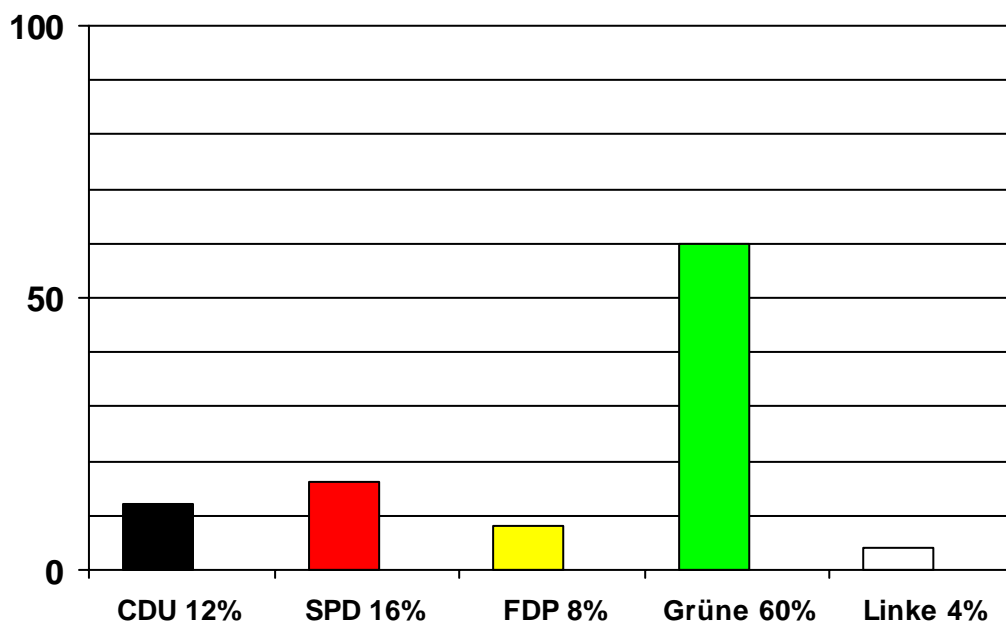
Im Mittelpunkt der zweiten Kurzumfrage des SIC steht in diesem Monat die Bundestagswahl am 27. September, die Frage nach dem/der BundeskanzlerIn der Zukunft und die Möglichkeit zu Direktwahlen. Gespannt auf die Ergebnisse? Dann klicken Sie hier...

Um einen Eindruck über das Stimmungsbild am ifpol mit Blick auf die Bundestagswahlen im Oktober 2009 zu erhalten, ging es in der aktuellen Kurzumfrage des SIC um folgende Fragen:

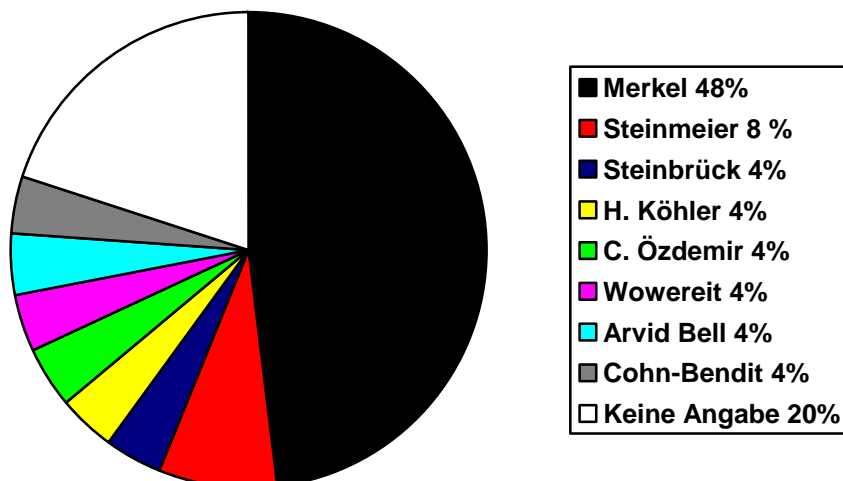
1. Welche Partei würden Sie wählen, wenn heute Bundestagswahl wäre?
2. Wer ist Ihr persönlicher Kandidat für das Amt der Bundeskanzlerin/des Bundeskanzlers?
3. Soll die Bundeskanzlerin/der Bundeskanzler in Zukunft direkt gewählt werden?

Die Umfrage ergab folgendes Ergebnis:

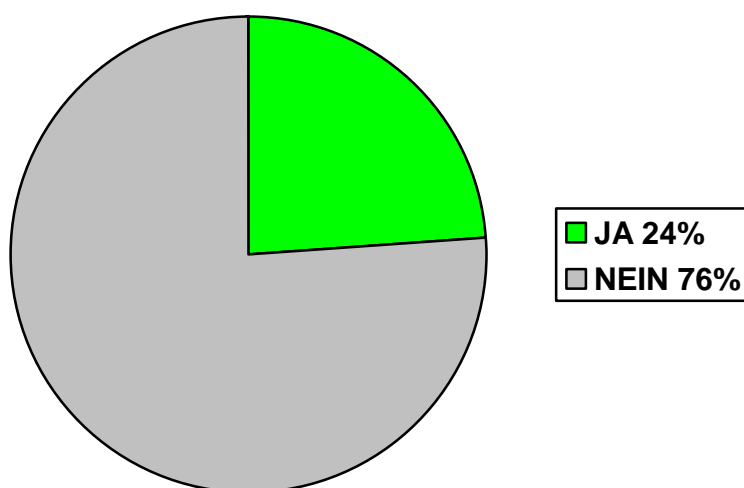
Frage 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn heute Bundestagswahl wäre?



Frage 2: Wer ist Ihr persönlicher Kandidat für das Amt der Bundeskanzlerin/des Bundeskanzlers?



Frage 3: Soll die Bundeskanzlerin/der Bundeskanzler in Zukunft direkt gewählt werden?



24% der Befragten stimmten mit „ja“. Als Begründung wurden dabei vor allem die höheren Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger angegeben und dass die Identifikation der Bürger mit der Entscheidung der Regierung größer werde: „Meine Stimme zählt etwas“, so ein Hauptargument.

76% der Befragten stimmten gegen eine Direktwahl der Bundeskanzlerin/des Bundeskanzlers. Überwiegend wurde diese Ablehnung damit begründet, dass die Bürger in der Regel zu wenig informiert seien und „andere Motivationen“ und „Populismus“ zu unsachgemäßen Entscheidungen führen würden.

Als weiteres Argument wurde auf die Kraft des deutschen parlamentarischen Systems verwiesen, das die Macht der Bundeskanzlerin/des Bundeskanzlers „gut beschränke“ und für „Gleichgewicht, Kohärenz und Wirksamkeit“ des Regierungssystems Sorge.

Der Vorteil liege vor allem in der gemeinsamen Politikgestaltung zwischen parlamentarischer Mehrheit und der Kanzlerin/dem Kanzler. Veränderungen dieses Systems stehen die Befragten eher kritisch gegenüber, da „jede Änderung solch etablierter Systeme nur zu Konfusion unter den Bürgern und somit zu noch mehr Politikverdrossenheit“ führe.